

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 15.06.2016

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:05 Uhr - 18:17 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

| | | |
|-------|----|---|
| Soll: | 61 | Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin |
| Ist: | 50 | Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin |

Anwesenheit

Entschuldigt

| | | |
|----------------------------|--------------------------------|------------|
| Frau Christin Furtenbacher | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | privat |
| Herr Christian Kempe | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | privat |
| Herr Falk Müller | Fraktion AfD | dienstlich |
| Frau Sabine Pester | Fraktion DIE LINKE | privat |
| Herr Michael Walter | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | dienstlich |

Verspätetes Erscheinen

| | | |
|------------------------------|-------------------------------|------------------------------------|
| Frau Dr. Heidi Becherer | SPD-Fraktion | 16:28 Uhr; TOP 8.7; dienstlich |
| Herr Axel Brückom | SPD-Fraktion | 15:09 Uhr; TOP 2; dienstlich |
| Herr Dr. Alexander Haentjens | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | 16:15 Uhr; TOP 8.7; privat |
| Herr Wolfgang Höhnel | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | 15:55 Uhr; TOP 8.7; dienstlich |
| Herr Andreas Marschner | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | 18:00 Uhr; TOP 10.3; dienstlich |

Zeitweilige Abwesenheit

| | | |
|---------------------|-------------------------------|----------------------------------|
| Herr Tino Fritzsche | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | 16:36 - 18:13 Uhr; dienstlich |
|---------------------|-------------------------------|----------------------------------|

beratend Teilnehmende

| | | |
|----------------------|---------------------------|-----------|
| Herr Philipp Rochold | Bürgermeister Dezernat 5 | |
| Herr Miko Runkel | Bürgermeister Dezernat 3 | |
| Herr Sven Schulze | Bürgermeister Dezernat 1 | |
| Herr Andreas Stoppe | Ortsvorsteher Klaffenbach | zeitweise |
| Herr Michael Stötzer | Bürgermeister Dezernat 6 | |

Bedienstete der Stadtverwaltung

| | |
|-------------------------|------------------------------|
| Frau Annekatriin Falk | Amtsleiterin Amt 14 |
| Frau Beate Frech-Döring | Abteilungsleiterin Abt. 15.4 |
| Herr Thomas Haase | Sachbearbeiter Abt. 15.4 |
| Frau Angelika Härtel | Amtsleiterin Amt 20 |
| Herr Albert Lonsdorfer | Amtsleiter Amt 30 |
| Frau Katja Uhlemann | Amtsleiterin Amt 15 |

Fraktionsangestellte

| | |
|----------------------|--------------------------------|
| Herr Robert Andres | Ratsfraktion PRO CHEMNITZ |
| Herr Lutz Bartel | Fraktion AFD |
| Herr Andreas Felber | Fraktion VOSI/PIRATEN |
| Herr Eduard Jenke | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP |
| Herr Stefan Kraatz | SPD-Fraktion |
| Herr René Mann | Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP |
| Frau Lisa Runkel | Fraktion DIE LINKE |
| Herr Benjamin Sadler | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |

Schriftführerin

| | |
|--------------------|----------------------------|
| Frau Ramona Seidel | Sachbearbeiterin Abt. 15.4 |
|--------------------|----------------------------|

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass aufgrund der hohen Besucherzahl die visuelle und akustische Übertragung der Sitzung in den Raum 118 erfolgt.

Sie weist weiter darauf hin, dass ab der heutigen Sitzung die Stadtratssitzungen in Bild und Ton im Internet übertragen werden. Die Aufzeichnung wird jeweils anschließend für einen Monat zur Verfügung gestellt. Sie erinnert daran, dass jeder Redner insofern bei seinen Wortbeiträgen insbesondere auch datenschutzrechtliche Bestimmungen beachtet und personenbezogene Daten nicht unbefugt verwendet.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Die Oberbürgermeisterin zieht in Abstimmung mit den Einreichern den Beschlussantrag BA-023/2016 „Festlegungen für die "zur-Schau-Stellung" von Tieren in Chemnitz“ (TOP 10.2) zurück.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) beantragt die Beschlussvorlage B-115/2015 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen, da nach Auffassung seiner Fraktion die Ortschaftsräte in die Beratungsfolge einzubeziehen wären.

Abstimmung über den Antrag zur Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(15 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

- 3 Die Tagesordnung wird mit dem Absetzen des BA-023/2016 festgestellt.
Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 18.05.2016
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 18.05.2016
-

Der Stadtrat beschloss mit Beschluss B-119/2016 die befristete außertarifliche Weiterbeschäftigung von Frau Dr. Ingrid Mössinger als Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz vom 01.09.2016 bis 31.12.2017.

- 5 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

- 6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass
-

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt fest, dass bisher in Erinnerung an den 17. Juni 1953 auf dem Kaßberg eine Gedenkveranstaltung stattfand, welche von der Stadt unterstützt wurde. Dies sei in diesem Jahr jedoch offensichtlich nicht der Fall. Er fragt, welche Gründe es dafür gibt und informiert, dass seine Fraktion für den 17. Juni ab 11:00 Uhr zu einer Veranstaltung einlädt. Abschließend sagt er, dass seine Fraktion einen Beschlussantrag zur Ehrung von Opfern der SED-Herrschaft in den Stadtrat einbringen werde.

- 7 Petitionsvorlage
-

Straßenreinigung der Kalkstraße
Vorlage: P-002/2016 Einreicher: Frau Fröde und Herr Reuschel aus Chemnitz

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) bringt einen Änderungsantrag seiner Fraktion und der Fraktion DIE LINKE ein. Die Einreicher gehen davon aus, dass bei der nächsten Änderung der Straßenreinigungssatzung mit entsprechender Umsicht Erfahrungswerte mit einfließen und fordern dabei, das Anliegen der Petenten zu berücksichtigen.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Mit Bestätigung des Änderungsantrages ist die Petitionsvorlage obsolet.

Beschluss P-002/2016

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, das Anliegen der Petenten bei der nächsten Fortschreibung der Straßenreinigungssatzung zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

8 Beschlussvorlagen

8.1 Umsetzung des Sächsischen Investitionskraftstärkungsgesetzes (SächsInvStärkG) Vorlage: B-118/2016 Einreicher: Dezernat 1/Dezernat 6

Zur Beschlussvorlage wurden drei Änderungen der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) lobt im Namen seiner Fraktion die ausgewogene Maßnahmenliste. Dennoch nennt er als Schwachpunkte aus Sicht der Fraktion AfD, dass der Innenstadtring nicht einmal teilweise Beachtung gefunden habe. Außerdem fehle die Bereitschaft, gemeinsam mit dem Erzgebirgskreis die Start- und Landeplan des Flughafens Jahnstorf um 1.200 m zu verlängern, was nicht im Interesse potentieller Geschäftsflugreisender sei. Ebenso möchte seine Fraktion anregen, das geplante Allwetterbad in Teilen auch als Spaßbad für Familien zu konzipieren. Seine Fraktion empfiehlt zu diesem Thema die Bürger durch Bürgerbefragungen zu beteiligen. Der Standort neben dem Eisstadion dürfe dabei unstrittig sein, da dies den Kuchwald als Freizeitregion weiter stärken würde. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) führt aus, dass nach zähen Ringen auf Landes- und kommunaler Ebene das größte zusätzliche Investitionsprogramm in der Geschichte der Stadt Chemnitz beschlossen wurde. Für ihn sei klar, dass zusätzliche Landesmittel ohne Wenn und Aber den Kommunen zustehen. Er macht deutlich, dass mit dem Investitionskraftstärkungsgesetz mit der Systematik des Kommunalen Abgabengesetzes gebrochen wurde, weil gewollt war, dass ganz viele Projekte möglich sind, lange Abrechnungszeiträume und höhere Fördersätze ermöglicht werden und Pauschalen für Investitionen in den Chemnitzer Haushalt eingestellt werden können. Alle Abgeordneten auf Landesebene haben verantwortlich ihre Aufgaben wahrgenommen und auch auf kommunaler Ebene wurde zusammen gearbeitet. Hier habe sich ausgezahlt, dass viele Landtagsabgeordnete gleichzeitig auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen.

Er informiert, dass die Stadt Chemnitz Fördermittel in Höhe von ca. 70 Mio. € erhalte und dabei vom Land 47,5 Mio. €, vom Bund 15,4 Mio. € und für die Schulbauförderung 7,4 Mio. € fließen. Die Stadt Chemnitz habe mit insgesamt knapp 103 Mio. € das Maximale aus dem Paket herausgeholt. Für die Verteilung der Mittel werden ganz klare Schwerpunkte gesetzt, über welche bereits viele Jahre im Stadtrat diskutiert wurde. Somit zahle sich die langfristige Planung aus. Chemnitz übernehme damit auch Verantwortung als Oberzentrum. Mit diesem Konzept werden klare Zeichen gesetzt, dass die Chemnitzer Wirtschaftskraft hoch ist und in Chemnitz gut gelebt werden könne.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er möchte dennoch wissen, ob zu den in der Vorlage aufgeführten Nachrückermaßnahmen künftig noch weitere Maßnahmen möglich seien und wer zukünftig über die Nachrückermaßnahmen entscheiden werde. Er fragt abschließend, welche Schule automatisch nachrücke, sofern die Oberschule an der Hartmannstraße nicht genehmigt werde.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bedauert, dass das Programm in der Öffentlichkeit nicht entsprechend seiner Bedeutung wahrgenommen werde. Er erinnert, dass es auch seitens der Verwaltung eine große Aufgabe war, Projekte herauszufiltern, die letztendlich in die Förderung passen. Er bedankt sich vor allem bei den drei großen Stadtratsfraktionen, dass es gemeinsam möglich war in vielen Beratungen Schwerpunktprojekte zu benennen und würde sich wünschen, dies auch zukünftig so hinzubekommen.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) merkt an die Ausführungen von Herrn Stadtrat Vieweg an, dass es wahrscheinlich nie ein Förderprogramm geben werde, welches zu 100 % zu den einzelnen Kommunen passe. Er betont, dass die einmalige Chance bestehe die kommunalen Infrastrukturen erheblich zu verbessern. Von daher wünsche er sich mehr Fairness in den Ausführungen. Seine Fraktion werde selbstverständlich der Vorlage zustimmen, auch wenn das ein oder andere Projekt noch fehle.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt Herrn Stadtrat Sänger, welche Maßnahmen aus seiner Sicht gestrichen werden sollten, um die von ihm vorgeschlagenen Projekte zu finanzieren. Auch er dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit trotz der beschränkten Personalreourcen und äußert sich zu einzelnen Maßnahmen. Zum Allwetterbad betont er, dass dies aus Sicht seiner Fraktion ein zusätzliches Angebot und kein Ersatz für das Freibad Bernsdorf sein müsse.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass es bereits einen Stadtratsbeschluss gebe mit welchem für den Fall, dass das Projekt Oberschule Hartmannstraße nicht umgesetzt werden könne, der Alternativstandort Vetttersstraße zum Tragen kommen würde. Hierfür würde durch die Verwaltung dann ein Antrag eingereicht werden. Über den Stand der Fördermittelbeantragung durch die Verwaltung und den Bearbeitungsstand durch den Fördermittelgeber werde der Stadtrat informiert werden, wobei er heute noch nichts zum diesbezüglichen Verfahren sagen könne. Abschließend sagt er, dass es möglich sei neue Maßnahmen zu beantragen.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass es zur Infrastruktur einer Stadt wie Chemnitz dazu gehöre, dass ein Kleinflughafen zur Verfügung gestellt werde, ebenso wie die Bahnanbindung von großer Bedeutung sei. Er meint, dass sich die Stadt darum bemühen sollte.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass sie dankbar dafür sei, dass die Chance der fraktionsübergreifenden Entscheidung zu Maßnahmen für die nächsten Jahre genutzt wurde. Zum benannten Flughafen erklärt sie, dass dies einen erheblichen Aufwand erfordere und es viele Regionalflughäfen in Deutschland gebe, die mit hohen Subventionen und der Kritik der Landesrechnungshöfe vor der Einstellung stehen. Es solle gut überlegt werden, ob dieses Geld investiert werden sollte. Im Übrigen gebe es mit Dresden und Leipzig zwei Flughäfen, die gut erreichbar sind.

Sie weist abschließend darauf hin, dass für die zusätzlichen Maßnahmen zusätzliches Personal benötigt werde. Im nächsten Verwaltungs- und Finanzausschuss werde daher darüber informiert werden, wie Personal moderat eingestellt werden könne.

Beschluss B-118/2016

Der Stadtrat beschließt zur Umsetzung des SächsInvStärkG:

1. die Maßnahmen des Budgets „Sachsen“ gemäß Anlage 3.
2. die zur Umsetzung der Maßnahmen gemäß Anlage 3 notwendigen außer- bzw. überplanmäßigen Mittelbereitstellungen für das laufende Haushaltsjahr 2016 bis zu einer Höhe von insgesamt 1.700 T€. Als Deckungsquelle dienen:
 1. die Investitionspauschale in Höhe von 550 T€ (Produktsachkonto 6112000.68119120) und
 2. die Eigenmittel aus der Oberschulkapazität in Höhe von 1.150 T€ (Produktsachkonto 2151000.78511100).
3. für die Maßnahmen gemäß Anlage 3 entfallen die Grundsatzentscheide zu den Planungen; für Maßnahmen zum Bauunterhalt, deren Finanzierung über die Investitionspauschalen erfolgen, wird auf Baubeschlüsse verzichtet.
4. die Maßnahmen gemäß Anlage 3 gelten als gegenseitig deckungsfähig.
5. die in Anlage 3 aufgeführten Nachrücker-/Austauschmaßnahmen werden - für den Fall der Ablehnung von Maßnahmen durch die Bewilligungsbehörde - bestätigt.
6. zur Umsetzung der Maßnahmen ist halbjährlich in geeigneter Form zu berichten.
7. für die Maßnahmen gemäß Anlage 5 (Schulhausbau Kreisfreie Städte) entfallen die Grundsatzentscheide zu den Planungen; die unter Beschlusspunkt 2 genannten Deckungsquellen gelten ebenso für über- bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellungen in erforderlicher Höhe für die Maßnahmen der Anlage 5 (Sonderprogramm Schulhausbau).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

8.2 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-126/2016 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) findet es gut, dass mit der Änderung der Verwaltung der 1. Teil der ursprünglichen Änderungssatzung gestrichen wurde. Zum nunmehr alleinigen Punkt der Vorlage, der Flexibilisierung des Personalhaushaltes fragt er, in welchen Bereichen flexibel über eine Aufstockung nachgedacht werden könnte.

Herr Bürgermeister Schulze begründet das Entfallen des ersten Abschnitts und schlägt vor im nächsten Verwaltungs- und Finanzausschuss über eine mögliche künftige Vorgehensweise zu dieser Thematik zu beraten. Zur Frage von Herrn Burghardt sagt er, dass dies in den Baubereichen und auch im Bereich Asyl erforderlich sein könnte ebenso wie aktuell im Stadordnungsdienst.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ergänzt, dass mit dem Beschlussvorschlag eine eindeutige Beschränkung vorhanden sei.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da diese Regelung befördern würde, dass Personen fernab von sachlichen Kriterien eingestellt werden, was verhindert werden müsse.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass durch die Änderung des Beschlussvorschlages die Beteiligung des Verwaltungs- und Finanzausschuss weiterhin gegeben sei. Des Weiteren bestehe ein ganz normales Stellenbesetzungsverfahren einschließlich der Einbindung des Personalrates. Auch gehe es bei den vorgesehenen Stellen um Sachbearbeiter- und nicht um Führungsstellen. Deshalb sehe er hier diesen Vorwurf nicht.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet lediglich um Transparenz. Er legt dar, dass im Jahr 2013 4 Mio. € Personalausgaben nicht genutzt wurden, da 80 Stellen nicht besetzt waren. Dem gegenüber solle nun die Möglichkeit eröffnet werden rund 70 Stellen neu zu schaffen. Hierzu fordere er jeweils eine Information ein und auch eine Bestätigung der Dezernate, dass die bereits vorhandenen Kapazitäten ausreichend genutzt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bestätigt, dass es das gute Recht der Stadtratsmitglieder sei, darüber informiert zu werden, wann von dieser Regelung Gebrauch gemacht wurde und wie sich dies zur Besetzung der Stellen, die im Stellenplan ausgewiesen sind, verhält. Sie sichert entsprechende Informationen zu.

Beschluss B-126/2016

Der Stadtrat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

- 8.3 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Verleihung des Internationalen Stefan-Heym-Preises der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-053/2016 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bringt einen Änderungsantrag seiner Fraktion ein, mit welchem beantragt wird kein Preisgeld mehr zu verleihen.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Beschluss B-053/2016

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Verleihung des Internationalen Stefan-Heym-Preises der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

- 8.4 Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen in weisungsfreien Angelegenheiten der Stadt Chemnitz (Informationsfreiheitssatzung)
Vorlage: B-141/2016 Einreicher: Dezernat 1/Amt 10
-

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) lobt, dass die Satzung leicht zu erfassen und übersichtlich sei. Allerdings fehle die Spezifikation der Daten und das Informationsregister. Dies hätte auf lange Zeit einen Impuls in Richtung Austauschbarkeit der Daten gegeben. Er stellt fest, dass dieser Datenaustausch über Dienstwege zwischen einzelnen Abteilungen recht lang sei.

Beschluss B-141/2016

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen in weisungsfreien Angelegenheiten der Stadt Chemnitz (Informationsfreiheitssatzung) entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage.

2. Der Stadtrat nimmt die Kostenschätzung zur Einrichtung eines Informationsregisters für die Stadt Chemnitz gemäß Anlage 4 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

- 8.5 Feuerwehrsatzung der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-122/2016 Einreicher: Dezernat 1/Amt 37
-

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass mit der vorliegenden Satzung ein weiterer Grundstein für die Zukunft der Feuerwehren, allen voran den Freiwilligen, gelegt werde und wirbt für Kinderfeuerwehren in den Ortschaften.

Beschluss B-122/2016

Der Stadtrat beschließt die Feuerwehrsatzung der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)

- 8.6 Polizeiverordnung der Stadt Chemnitz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit Fußballspielen im Stadion an der Gellertstraße (PolVO Stadion an der Gellertstraße)
Vorlage: B-130/2016 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32
-

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass in der vorliegenden Satzung Ordnungswidrigkeiten definiert werden, die ohnehin strafbar seien. Wenn sich aber einmal für dieses Verfahren entschieden werde, müssten konsequenter Weise alle strafbaren Handlungen einbezogen werden. Daher bringt er einen entsprechenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Beschluss B-130/2016

Der Stadtrat beschließt die Polizeiverordnung der Stadt Chemnitz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit Fußballspielen im Stadion an der Gellertstraße (PolVO Stadion an der Gellertstraße) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

- 8.7 Konzeption des Stadtordnungsdienstes in der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-115/2016 Einreicher: Dezernat3/Amt32
-

Zur Vorlage wurden je ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion AfD ausgereicht.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass es wichtig sei ein Konzept für den Stadtordnungsdienst zu erstellen, da es den Bürgern wieder ein subjektives Sicherheitsgefühl vermitteln könne. Seine Fraktion halte das vorgelegte Konzept als gute Grundlage das Thema Sicherheit anzugehen. Allerdings kritisiert er, dass das Konzept ohne die Einbeziehung der Ortschaftsräte erstellt wurde. Ferner stellt er fest, dass das Konzept keinerlei zeitliche Orientierung für dessen Umsetzung gebe. Er fragt daher u. a. bis wann die vorgesehenen 22 Stellen besetzt werden sollen, bis wann die Einsätze des Personals in den gefährdeten Bereichen laufen, wann die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen seien und wann die Ausrüstung beschafft sei. Er stellt fest, dass von den 14 im Haushalt vorhandenen Stellen aktuell lediglich 9 bis 10 besetzt seien. Er weist auf die Aussage von Herrn Bürgermeister Runkel in der Presse hin, dass der Stadtordnungsdienst auch handlungsfähig sei, wenn das Konzept nicht beschlossen werde. So werden z. B. drei die Ausbildung beendende Auszubildende in den Ordnungsdienst wechseln. Seine Fraktion lehne das Konzept mit der fehlenden zeitlichen Orientierung ab, da sie es in diesem Stadium nicht für geeignet halte das Sicherheitsgefühl wieder herzustellen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bestätigt, dass es in der Innenstadt ein Gefühl der Unsicherheit gebe. Er dankt der Polizei, die längst an der Belastungsgrenze arbeite für ihre Arbeit. Er stellt fest, dass Polizeieinsätze im Zentrum durch Konflikte aus verschiedenen Gemengelagen hervorgerufen werden. Er betont, dass das Verschieben des Konzeptes ein schwieriges Signal gewesen wäre. Zur Einbeziehung der Ortschaftsräte sagt er, dass die ländlich geprägten Stadteile die sichersten seien. Seiner Fraktion war es von Anfang an wichtig das Thema Sicherheit und Ordnung kooperationsorientiert zu verfolgen. Der Austausch zwischen den Akteuren könne eine zentrale Stellschraube für die Sicherheit in der Innenstadt sein. Seine Fraktion gehe davon aus, dass eine regelmäßige sichtbare Präsenz im Außendienst zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls beitrage. Dies sei ausführlich in der Konzeption abgebildet. Da seine Fraktion die Besetzung aller benannten Dienste für unabdingbar halte, habe sie einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass das Entstehen der Vorlage sehr lange gedauert habe, aber richtig gut geworden sei. Seine Fraktion erwartete eine Konzeption, die das Problem sachlich beschreibe und erkläre, wie die Verwaltung den Konflikt zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen lösen wolle. Die Stadt habe hierfür das Stufenprogramm nach Polizeigesetz gewählt, was der richtige Weg sei. Die Effektivität des Stadtordnungsdienstes werde nicht an den Einnahmen von Bußgeldern gemessen werden können, was auch nicht Ziel dessen sei. Sondern Ziel sei es den ewig währenden Streit bei der Nutzung des öffentlichen Raums konfliktfrei zu managen. Sehr positiv bewerte er auch die Fortsetzung der Sicherheitskooperation, welche durch die Einbeziehung der mobilen Jugendarbeit noch an Qualität gewinne. Seine Fraktion erwarte, dass das Konzept nunmehr zeitnah umgesetzt werde. Beschlusslage sei es dabei bereits, dass 2017 im Stadtordnungsdienst 22 Stellen besetzt sein sollen. Mit dem heutigen Beschluss solle die Verwaltung den Auftrag erhalten die erforderlichen Gelder verbindlich in den kommenden Haushalt einzustellen. Aus seiner Sicht solle auch eine Neubewertung der Stellen vorgenommen werden, da die Mitarbeiter eine hohe Leistung zu erbringen haben und zunehmend mit einer Eigengefährdung rechnen müssen. Er schlägt des Weiteren vor, dass regelmäßig der Polizeipräsident im Stadtrat die Polizeistatistik der Stadt Chemnitz vorstelle und an dieser Stelle in gegenseitigen Dialog getreten werde. Zur Vorberatung des Konzepts in den Ortschaftsräten sagt er, dass die Ortschaftsräte gute Kontakte zu den Bürgerpolizisten haben und diese immer bereit seien im Ortschaftsrat Auskunft über die Kriminalstatistik zu geben. Er regt wiederholt die Öffnung des Kriminalpräventiven Rates an. Hier sehe er die Chance, dass sich der Stadtrat kontinuierlich mit der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beschäftigt und dies nach außen trage.

Herr Stadtrat Dr. Katzer (Fraktion AfD) sagt, dass seine Fraktion die Vorlage gut finde. Er wundere sich darüber, dass der Änderungsantrag der Fraktion AfD in der Vorberatung abgelehnt wurde, obwohl dieser dem Index des Herrn Bürgermeister Runkel in seinem Konzept entspreche.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, warum die Erhöhung der Sicherheit erst jetzt umgesetzt werden solle. Er betont, dass es bei der Thematik nicht um gefühltes Sicherheitsempfinden gehe, sondern darum, was tagtäglich gesehen und erlebt werde. Er sagt, dass hier eine bewusste Verharmlosung stattfinde. Er erklärt, dass seine Fraktion dieser Vorlage zustimmen werde, da es genau das sei, was sie seit Jahren fordere. Er meint abschließend, dass die veränderte Sicherheitslage ein Ergebnis der Asylkrise und kein subjektives Empfinden sei.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) wiederholt, dass das Konzept von den Themen her eine gute Arbeit sei, es aber auch die entsprechende Umsetzung benötige. Er stellt fest, dass derzeit in keiner Weise davon ausgegangen werden könne, dass die im Konzept beschriebenen Einsatzpläne zeitnah umgesetzt werden, weil dazu Personal, Ausbildung, Ausrüstung und Infrastruktur fehlen. Es müsse eine ganz klare Zeitschiene für die Umsetzung des Konzepts vorgelegt werden, da allein durch die Beschlussfassung des Konzepts kein bisschen mehr Sicherheit geschaffen werde.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Sie sagt, dass bestimmte Spielräume im Konzept vorhanden sein müssten, um dieses in der praktischen Arbeit überhaupt umsetzen zu können. Aus ihrer Sicht spreche kein einziges Argument dagegen, den Beschluss heute zu fassen. Zur nicht erfolgten Einbeziehung der Ortschaftsräte sagt sie, dass zum einen die Sächsische Gemeindeordnung vorschreibe, wann die Ortschaftsräte einzubeziehen seien, was auch regelmäßig getan werde. Und zum anderen werde bei anderen Vorlagen durch die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP auch keine Einbeziehung verlangt. Sie sagt, dass ihre Fraktion über Jahre hinweg gefordert habe, Ordnung und Sicherheit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu betrachten, was mit diesem Konzept umgesetzt werde. Hierbei spiele auch die Einbeziehung der mobilen Jugendarbeit eine große Rolle, wofür auch hier zusätzliche Ressourcen geschaffen werden müssten.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die Glaubwürdigkeit der Rede Herrn Kohlmanns gegen Null tendiere, wenn man weiß, dass er rechtmäßig wegen Hausfriedensbruch und Betrug verurteilt worden sei.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) gibt Herrn Burghart in Teilen seiner Ausführungen recht, das Problem, die Vorlage heute nicht beschließen zu wollen, könne er jedoch nicht nachvollziehen. Er stellt fest, dass derzeit bereits 14 Planstellen vorhanden, allerdings nicht besetzt seien. Dies gehe aber auch durch den Stadtrat nicht zu beschließen, dieser könne lediglich einen Rahmen festlegen. An der Verwaltung liege es nun, diese Stellen attraktiv auszuschreiben. Die Stellen entsprechend des Änderungsantrages der Fraktion AfD auf 25 zu erweitern halte er dagegen im Moment nicht für notwendig. Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion sagt er, dass das Gewünschte bereits grundsätzlich im Konzept enthalten sei und nicht nochmals beschlossen werden müsse.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass es gerade beim Thema Ordnung und Sicherheit wichtig sei die Ortschaften einzubeziehen. Als wesentlichen Schwachpunkt des Konzeptes werde die fehlende zeitliche Orientierung gesehen.

Herr Bürgermeister Runkel stellt richtig, dass gegenwärtig neun Mitarbeiter im Außendienst tätig seien und dies nicht heiße, dass die Verwaltung nicht in der Lage sei die 14 Stellen zu besetzen. Auch springen Mitarbeiter nicht immer wieder ab, vielmehr gebe es verschiedene Gründe wie Schwangerschaft, Langzeiterkrankung, Gewährleistung des Innendienstes u. ä., dass diese nicht dauerhaft besetzt seien, Er sei zuversichtlich, dass zeitnah die Besetzung, ggf. bereits Anfang 2017, weiterer Stellen erfolgen könne. Zur Beteiligung der Ortschaftsräte sagt er, dass diese entsprechend Gemeindeordnung hier nicht vorgeschrieben sei und andere Stadtteile ohne Ortschaftsräte, in denen es ggf. Schwerpunkte gebe, bei Einbeziehung der Ortschaftsräte indirekt benachteiligt werden würden. Er sagt, dass das Konzept breit diskutiert und mit vielen Akteuren abgestimmt sei.

Zur Zeitschiene versichert er, dass zeitnah nach der heute erfolgten Bestätigung der Hauptsatzung mit den Ausschreibungen begonnen werde. Er denke, dass es zeitnah, möglicherweise bis Mitte nächsten Jahres, zur Besetzung der 22 Stellen kommen könne. Daran schließe sich die Zeitschiene für die Umsetzung der technischen Parameter an. Auch sei die entsprechende Ausrüstung für die Mitarbeiter bereits vorhanden, wobei Nachbesserungen erfolgen sollten. Er verweist darauf, dass die Verwaltung regelmäßig in den Stadtratssitzung im Mai über die Umsetzung des Konzeptes berichten werde und gemeinsam mit dem Stadtrat über die Fortschreibung diskutieren möchte. Er erwähnt, dass im Rahmen des kriminalpräventiven Rates regelmäßig Sicherheitskonferenzen stattfinden. Für dieses Jahr werde dabei die Ordnung und Sicherheit ein Schwerpunkt sein und es sei geplant Stadtratsmitglieder hierzu einzuladen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt Abbruch der Debatte.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) spricht dagegen, da keine lange Rednerliste bestehe.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) beantragt eine Auszeit.

Auszeit von 16:58 – 17:14 Uhr

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,
12 Stimmenthaltungen)**

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab. Er habe der Vorlage zugestimmt, da die Bedingung der zeitlichen Dimensionierung für ihn durch die Ausführungen des Herrn Bürgermeister Runkel erfüllt sei.

Beschluss B-115/2016

1. Der Stadtrat beschließt die Konzeption zum Stadtordnungsdienst einschließlich der beschlossenen Änderung des Änderungsantrages der SPD.
2. Dezernat 3 setzt sich jährlich Ziele und berichtet über deren Erreichung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 8.8 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Deckensanierung im Altbau des Förderzentrums zur Lernförderung "Johann Heinrich Pestalozzi" und Entscheidung zur sofortigen Umsetzung der Maßnahme
Vorlage: B-099/2016 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Herr Stadtrat Katzer (Fraktion AfD) bezieht sich im Zusammenhang mit der Sanierung auf den Beschlussantrag BA-006/2016 seiner Fraktion, welcher abgelehnt wurde, scheinbar jedoch eine gewisse Relevanz hatte.

Beschluss B-099/2016

1. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 890.000,00 € gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.
2. Der Stadtrat beschließt, dass die Mittel in Höhe von 890.000 € mit der Haushaltsplanung 2017/2018 wieder in der Maßnahme 3651000922505 (Pos. 2 - Objekt Albert-Köhler-Straße) einzustellen sind.
3. Der Stadtrat beschließt aufgrund der Dringlichkeit die Umsetzung der Maßnahme. Ein separater Baubeschluss ist nicht erforderlich.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.9 Konzept Schulsozialarbeit - Fachliche Kriterien zur Etablierung von Schulsozialarbeit an allen allgemeinbildenden Chemnitzer Schulen
Vorlage: B-114/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass die Schulsozialarbeit ein wichtiges Thema innerhalb der Jugendarbeit sei und es deshalb gemeinsames Ziel sein sollte, diese flächendeckend anzubieten. Er bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit zu dieser Thematik zwischen dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und dem Jugendhilfeausschuss.

Beschluss B-114/2016

Der Stadtrat beschließt das „Konzept Schulsozialarbeit - Fachliche Kriterien zur Etablierung von Schulsozialarbeit an allen allgemeinbildenden Chemnitzer Schulen“ gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

Die Umsetzung des Konzeptes steht unter dem Vorbehalt vorhandener finanzieller Mittel.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 8.10 Jugendhilfeplan für Kinder, Jugendliche und Familien in Chemnitz 2016 - 2020
Vorlage: B-087/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-087/2016

Der Stadtrat beschließt den „Jugendhilfeplan für Kinder, Jugendliche und Familien in Chemnitz 2016 - 2020“ entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 8.11 Aktualisierung der Punkte 5 und 6 des Bedarfsplanes der Stadt Chemnitz für Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen und Kindertagespflege
Vorlage: B-105/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-105/2016

Der Stadtrat beschließt die Aktualisierung der Punkte 5 und 6 des Bedarfsplanes der Stadt Chemnitz für Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen und Kindertagespflege gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

- 8.12 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern von vier Tochtergesellschaften des Klinikums Chemnitz gGmbH
Vorlage: B-145/2016 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Wahl zu Beschlusspunkt 1.1 – Poliklinik gGmH Chemnitz

Als Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmH wird Herr Dirk Balster vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Balster

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

**Wahl zu Beschlusspunkt 1.2 – Klinikum Chemnitz Logistik- und
Wirtschaftsgesellschaft mbH**

Als Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmH wird Herr Dirk Balster vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Balster

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Wahl zu Beschlusspunkt 1.3 – Bergarbeiter-Krankenhaus Schneeberg gGmbH

Als Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH wird Herr Dr. Frank Nüßler vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Nüßler

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
 (49 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Wahl zu Beschlusspunkt 1.4 – Klinik Catering Chemnitz GmbH

Als Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH wird Herr Dr. Frank Nüßler vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Nüßler

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
 (50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-145/2016

Der Stadtrat wählt und bestimmt widerruflich die u. g. Person in den Aufsichtsrat

1.1 der Poliklinik gGmbH Chemnitz:

| | |
|--|-------------------|
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Dirk Balster |
|--|-------------------|

1.2 der Klinikum Chemnitz Logistik- und Wirtschaftsgesellschaft mbH:

| | |
|--|-------------------|
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Dirk Balster |
|--|-------------------|

1.3 des Bergarbeiter-Krankenhauses Schneeberg gGmbH:

| | |
|--|-----------------------|
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Dr. Frank Nüßler |
|--|-----------------------|

1.4 des Klinik Caterings Chemnitz GmbH:

| | |
|--|-----------------------|
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Dr. Frank Nüßler |
|--|-----------------------|

8.13 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH
Vorlage: B-146/2016 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

1. Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

2. Wahl der Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH

Als Vertreter des Klinikums werden Herr Dirk Balster, Herr Rolf Krebiehl und Frau Ines Haselhoff vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt entsprechend § 39 Absatz 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, werden die drei Personen jeweils offen gewählt.

Wahl Herr Balster

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(49 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl Herr Krebiehl

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(44 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Wahl Frau Haselhoff

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(46 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

3. Wahl der drei weiteren Mitglieder

Für den Aufsichtsrat sind drei weitere Mitglieder zu berufen.

Da es Widerspruch zur Einigung gibt, erfolgt die Abstimmung über die Durchführung des Benennungsverfahrens.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen)**

Es wird festgestellt, dass sich die drei Plätze wie folgt verteilen:

| Fraktionen | Anzahl der Sitze für Mitglieder |
|-------------------------------|---------------------------------|
| Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | 1 |
| Fraktion DIE LINKE | 1 |
| SPD-Fraktion | 1 |

Beschluss B-146/2016

1. Der Stadtrat beschließt, die bisher vom Stadtrat gewählten und widerruflich bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH Herrn Dirk Balster, Herrn Rolf Krebiehl, Frau Ines Haselhoff, Frau Ines Saborowski-Richter und Frau Susanne Schaper als Aufsichtsratsmitglieder der Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH abuberufen.
2. Der Stadtrat wählt und bestimmt widerruflich die u. g. Personen in den Aufsichtsrat der Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH:

| | |
|--|---------------------|
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Dirk Balster |
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Rolf Krebiehl |
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Frau Ines Haselhoff |

3. Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Bestimmung der drei weiteren Mitglieder des Aufsichtsrates der Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem nach dem D`Hondtschen Höchstzahlverfahren ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Die drei Plätze verteilen sich wie folgt:

| Fraktionen | Anzahl der Sitze |
|-------------------------------|-------------------------|
| Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP | 1 |
| Fraktion DIE LINKE | 1 |
| SPD-Fraktion | 1 |

Hinweis

Durch die drei Fraktionen wurden im Rahmen des beschlossenen Benennungsverfahrens folgende Personen benannt, welche nunmehr die drei weiteren Mitglieder im Aufsichtsrat sind.

Frau Ines Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)

Frau Susanne Schaper (Fraktion DIE LINKE)

Frau Dr. Heidemarie Becherer (SPD-Fraktion)

- 8.14 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Heim gemeinnützige GmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz
Vorlage: B-147/2016 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Als Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH wird Herr Konrad Schumann vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Schumann

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-147/2016

Der Stadtrat wählt und bestimmt widerruflich die u. g. Person in den Aufsichtsrat der Heim gemeinnützige GmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz (Heim gGmbH):

| | |
|--|----------------------|
| Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH | Herr Konrad Schumann |
|--|----------------------|

- 8.15 Berufung eines Mitgliedes des Kulturbeirates der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-046/2016 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Als sachkundiger Einwohner für die Sparte Museen/Sammlungen/Gärten wird Herr Dr. Jörg Feldkamp vorgeschlagen.

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl. Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Feldkamp

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(43 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-046/2016

Der Stadtrat beruft widerruflich als Mitglied in den Kulturbeirat der Stadt Chemnitz auf der Grundlage von § 5 des Sächsischen Kulturraumgesetzes (SächsKRG) i. V. m. § 10 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz für die laufende Wahlperiode durch Wahl nach § 39 Abs. 7 der Sächsischen Gemeindeordnung Herrn Dr. Jörg Feldkamp als sachkundigen Einwohner für die Sparte Museen/Sammlungen/Gärten.

Die am 24.09.2014 per B-200/2014 gewählten weiteren Beiratsmitglieder bleiben unberührt.

- 8.16 Wahl von Frau Forster als Friedensrichterin für den Schiedsstellenbezirk III der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-077/2016 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30
-

Die Wahl erfolgt gemäß § 39 Abs. 7 SächsGemO als Mehrheitswahl.

Da nur eine Bewerbung für den einen zu besetzenden Platz eingegangen ist und es keinen Widerspruch gibt, erfolgt offene Wahl.

Wahl von Frau Forster

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(46 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-077/2016

Der Stadtrat wählt Frau Forster für den Schiedsstellenbezirk III als Friedensrichterin.

- 8.17 Städtebaulicher Rahmenplan "Bahnhofsareal Altendorf"
Vorlage: B-074/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Zur Vorlage wurden zwei fraktionsübergreifende Änderungsanträge ausgereicht. Eine Stellungnahme des AGENDA-Beirates zur Beschlussvorlage wurde allen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erläutert den ersten Änderungsantrag und führt aus, dass die Beschlussvorlage keine zeitnahe Ersatzlösung für die abgerissene Brücke an der Erzberger Straße beinhalte. Die Prüfung einer Alternative durch eine Querung auch für PKW in Verbindung mit der Angebotserweiterung im Nahverkehrsplan 2030+ und ein möglicher Neubau erst in diesem Zeitraum sei nicht diskutabel. Mehrfach wurde seit 2012 öffentlich durch Bürger eine Ersatzlösung gefordert, nicht zuletzt wurden dafür über 3.300 Unterschriften an die Verwaltung übergeben. Diskussionen im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss und AGENDA-Beirat haben gezeigt, dass es mehrere Lösungen geben könne. Der eingereichte Änderungsantrag lasse dafür den entsprechenden Zeitraum.

Zum zweiten Änderungsantrag erklärt er, dass dieser Diskussionen in Workshops und im AGENDA-Beirat aufgreife und der Rad- und Fußweg entlang des Pleißbachs bis zum Nettomarkt an der Beyerstraße durchgängig gestaltet werden solle, um das Areal auch optimal für eine Naherholung entwickeln zu können.

Abschließend verweist er auf vier Punkte entsprechend der Stellungnahme des AGENDA-Beirates zur Vorlage, welche vom AGENDA-Beirat für die weitere Planung und Einbeziehung empfohlen werden.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass mit der Vorlage eine gute Grundlage für das Areal nach einem gut geführten Beteiligungsprozess vorliege, welcher seine Fraktion ebenso zustimmen werde wie beiden eingereichten Beschlussanträgen. Er sagt, dass es in den wachsenden Gebieten Kaßberg, Flemminggebiet und Altendorf es vergleichsweise wenig Freiraum gebe, wo Naherholung möglich sei. Zugleich sei es hier auf der Grundlage des Rahmenplanes möglich eine stadtangemessene Struktur zu entwickeln.

Er sagt, dass es seiner Fraktion wichtig sei, dass durch eine zeitnahe Verbindung nicht das Grünstück in Richtung Gutsweg durchtrennt werde. Bei der Zustimmung zum Neubau einer Brücke weist seine Fraktion darauf hin, dass die öffentlichen Infrastrukturen erhalten bleiben müssen und nicht weiter zerstört werden dürften.

Abstimmung über den Änderungsantrag zur Gebietsquerung

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag zur durchgängigen Gestaltung des Pleißenbachs

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen)**

Beschluss B-074/2016

Der Stadtrat beschließt:

1. Der städtebauliche Rahmenplan (Anlage 6) wird als Zielstellung der Stadt Chemnitz für die Gebietsentwicklung bestätigt.
2. Die Ergebnisse der städtebaulichen Rahmenplanung (Anlagen 4 - 7) sind nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen. Sie bilden eine Grundlage für die Darstellungen und Festsetzungen.

Anlage 4, Seite 3 (Zusammenfassung) und Anlage 5, Seite 65 (Gebietsquerung Flemminggebiet - Limbacher Straße) wird inhaltlich dahingehend geändert, dass zeitnah eine Querung für Kfz vorgesehen wird.

Über den Sachstand (Zeitplan, Finanzbedarf, Eigentumsverhältnisse/öffentliche Widmung) der Ersatzlösung für die ehemalige Brücke Erzberger Straße ist der Stadtrat bis zur Beschlussfassung zum Doppelhaushalt 2017/2018 zu informieren.

Anlage 5, Seite 44 (Entwurfsgrundsatz Wegeanbindung) wird inhaltlich dahingehend geändert, dass der Rad- und Fußweg entlang des Pleißenbachs bis zum Netto-Markt an der Beyerstraße durchgängig zu gestalten ist.

Die Anlage 4 und 7 sind dementsprechend anzupassen.

3. Der städtebauliche Rahmenplan ist als wichtige Planungsgrundlage bei städtebaulichen Maßnahmen nach dem besonderen Städtebaurecht und bei der EU-Strukturfondsförderung im Rahmen der Fortschreibung von Zielen und Maßnahmen im Fördergebiet „ESF-Innenstadt“ zu berücksichtigen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Entwicklung erforderlichen Planungsschritte abzuleiten und einzelne Umsetzungsschritte mit der Deutschen Bahn AG zu erörtern sowie diese zukünftig bei der Haushalts- und Finanzplanung zu berücksichtigen. Die Umsetzung erfolgt unter Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen)**

- 8.18 Baubeschluss nach DA 6001 für Straßenbau-und Tiefbaumaßnahmen, Wasserbaumaßnahmen und verkehrstechnischen Maßnahmen mit Beginn im Jahr 2016
Vorlage: B-117/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt fest, dass viel zu wenige Maßnahmen im Tiefbau erfolgen und auch im heute beschlossenen Investitionsprogramm fehle aus seiner Sicht die Straßenunterhaltung. Er sagt, dass dafür im Haushalt nur 3 Mio. € veranschlagt seien, allerdings 8 Mio. € benötigt werden. Somit könnten nicht genügend Fußwege und Straßen unterhalten werden. Er fordert die Verwaltung auf, den Finanzrahmen für das Tiefbauamt so zu gestalten, dass die koordinierten Maßnahmen gemeinsam mit dem ESC ausfinanziert sind und dass die Straßen entsprechend unterhalten werden.

Beschluss B-117/2016

Der Stadtrat bestätigt den Baubeschluss, vorbehaltlich des Erlasses der Haushaltsatzung, für die Maßnahme Deckenerneuerung Frankenberger Straße von Max-Saupe-Straße bis Ebersdorfer Höhe

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 8.19 Satzung über die 1. Verlängerung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 09/07 "Stadteingang Leipziger Straße"
Vorlage: B-128/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-128/2016

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die 1. Verlängerung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 09/07 „Stadteingang Leipziger Straße“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen)**

- 8.20 Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13/12 Wohnbebauung an der Auerswalder Straße, Borna
Vorlage: B-132/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-132/2016

Der Stadtrat beschließt:

1. Aufgrund der §§ 10 und 12 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2015 (SächsGVBl. S. 670), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13/12 Wohnbebauung an der Auerswalder Straße, Borna, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 1. Dezember 2015, ausschließlich des in der Planzeichnung rot umrandeten Bereiches, als Satzung (Anlage 3).
2. Die Begründung in der Fassung vom 01. Dezember 2015 (Anlage 4) wird gebilligt.
3. Die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 8.21 Satzungsbeschluss über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Brühl-Nord"
Vorlage: B-143/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-143/2016

Der Stadtrat beschließt:

1. die Satzung der Stadt Chemnitz über die Aufhebung der Satzung der Stadt Chemnitz über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Brühl-Nord“ (Aufhebungssatzung) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.
2. die Satzung der Stadt Chemnitz über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Brühl-Nord“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 8.22 Fortschreibung der Förderung von Einzelbrachen
Vorlage: B-142/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-142/2016

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Revitalisierung der in der Anlage 3 beschriebenen Brachen im Programm „Richtlinie Nachhaltige Stadtentwicklung EFRE 2014 bis 2020“ und im Landesbrachenprogramm „Richtlinie Brachflächenrevitalisierung“ in Fortschreibung der Stadtratsbeschlüsse B-288/2015 und B-169/2015 wird beschlossen.
2. Die Durchführung steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Fördermittel durch den Freistaat Sachsen, der Bereitstellung der kommunalen Eigenanteile zur Förderung im Haushaltsplan oder in der mittelfristigen Finanzplanung und der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer zur Durchführung und zur Kofinanzierung von nichtzuwendungsfähigen Kosten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

9 Informationsvorlagen

- 9.1 Tätigkeitsbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2015 als barrierefreies Dokument
Vorlage: I-029/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2 Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendbeauftragten 2015
Vorlage: I-025/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10 Beschlussanträge

- 10.1 Innenstadtring weiterbauen
Vorlage: BA-022/2016 Einreicher: Fraktion AfD
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) bringt den Beschlussantrag ein und führt aus, dass die Suche nach Investoren für die freien Innenstadtbaufelder mit einem Ausbau des Innenstadtrings einhergehen müsse, damit der Cityring vom Durchgangsverkehr entlastet und das Zentrum mit neuen Geschäfts- und Wohnquartieren belebt werde. Es könne nicht sein, dass ein solches Projekt mehr als 15 Jahre der Planung in Anspruch nehme. Auch die Finanzierungsfrage könne nicht im Vordergrund stehen, da Themen der Stadtentwicklung immer Investitionen in die Zukunft seien und sich erst mittel- bzw. langfristig auszahlen. Darüber hinaus dürften genügend Mittel für wichtige Infrastrukturprojekte zur Verfügung stehen.

So haben die Jahresabschlüsse 2012 und 2013 positive Ergebnisse ausgewiesen und die Stadt verfüge über genügend Rücklagen. Darüber hinaus ständen sicher auch Fördermittel zur Verfügung, um welche man sich nur bemühen müsse. Sowohl die zu erwartenden erhöhten Steuereinnahmen durch ein belebtes Innenstadtdgeschäft als auch ein höherer Verkaufswert könnten einen Teil der Investitionen decken. Auch sei mit einer Verkehrsentlastung eine Steigerung der Attraktivität der Innenstadt verbunden.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass seine Fraktion den Beschlussantrag ablehnen werde. Dieser sei derzeit gegenstandslos, weil der Innenstadtring bereits Gegenstand des Verkehrsentwicklungsplanes sei. Seine Fraktion sehe die in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellten finanziellen Rahmenbedingungen ähnlich. In der Diskussion zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes, geplant für Ende des Jahres 2016, könne das Thema Innenstadtring neu diskutiert werden. Er empfiehlt der Verwaltung, dass die entsprechende Vorlage nicht Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplanes, sondern Mobilitätskonzept heißen solle, da nicht der Verkehr entwickelt, sondern nachhaltige Mobilität gestaltet werden solle.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass der Beschlussantrag ein klassischer Haushaltsantrag sei und fragt, was der Innenstadtring aus Sicht der Einreicher kosten werde und wie dies gehandelt werden solle.

Herr Stadtrat Sängler (Fraktion AfD) erklärt, dass es mit dem Beschlussantrag zunächst um die Planung gehe und die Verwaltung beauftragt werden solle zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen. Er stellt fest, dass Geld u. a. für Asylbewerber zur Verfügung stehe. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oftmals für beantragte Vorhaben keine Finanzierungspläne vorlege.

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) unterstreicht, dass der Beschlussantrag abzulehnen sei, da das Tiefbauamt bei der Unterhaltung und Investition generell so unterfinanziert sei, dass auch bereits beschlossene Maßnahmen im Moment nicht realisiert werden können. Nach der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes mit der entsprechenden Finanzierung könne über einzelne Schritte entschieden werden. Im Vorfeld bestimmte Vorhaben zu beschließen halte er für falsch. Seine Fraktion werde den Beschlussantrag daher ablehnen.

Beschluss BA-022/2016

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Lückenschluss des Innenstadtrings von der Zschopauer Straße bis zum Dresdner Platz zu forcieren und dem Projekt eine höhere Priorität einzuräumen, als das bislang der Fall ist. Entsprechende Planungskosten usw. sind in den Doppelhaushalt 2017/18 einzustellen, damit die Bauarbeiten möglichst im ersten Halbjahr 2019 beginnen können.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(7 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen)**

10.2 Festlegungen für die "zur-Schau-Stellung" von Tieren in Chemnitz
Vorlage: BA-023/2016 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 10.3 Förderung von Freifunk in Chemnitz
Vorlage: BA-024/2016 Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) informiert, dass während einer Messe im TIETZ heute gleichzeitig 240 Personen im Freifunknetz im TIETZ gemeldet wurden, was zeige, dass Bedarf da sei und entsprechende Angebote angenommen werden. Er führt zum Freifunk Chemnitz e. V. aus, dass wettbewerbsrechtliche Aspekte nicht relevant seien, da dieser kein Internetgrundversorger sei, sondern nur kabellosen Netzzugang anbiete. Auch beinhalte der Beschlussantrag keine direkte Versorgung von Stellen mit WLAN. Zu den Haftungsfragen weist er hin, dass den rechtlichen und technischen Anforderungen nach geltenden Gesetzen und Versicherungsaufgaben Genüge getan werde, die Störerhaftung übernehme der Freifunk Chemnitz e. v. Die Höhe der Kosten für einzelne Installationen sei dabei immer abhängig vom Aufwand. Der Betrieb der Anlagen verursache im Übrigen keine Kosten. Eine rechtliche Prüfung der Stadt Chemnitz erscheint aus seiner Sicht unnötig.

Beschluss BA-024/2016

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, wie die Kommune die Chemnitzer Freifunk-Initiative durch das Bereitstellen von Standorten zur fachgerechten Installation von Hot-Spots unterstützen kann, insbesondere zur Errichtung von WiFi-Bridges zur Vernetzung der bestehenden Infrastruktur. Dazu
 - a) soll in Kontakt mit der Freifunk-Initiative getreten,
 - b) eine Liste mit den Adressen möglicher städtischer Gebäude einschließlich Eigenbetriebe erstellt und eine jeweilige Kontaktperson benannt,
 - c) und die Kosten für die Installation und den benötigten Strom für die Router aufgelistet werden.

Über die Ergebnisse ist der Stadtrat spätestens im IV. Quartal 2016 zu informieren. Sollte die Prüfung ergeben, dass eine Förderung des Freifunk-Projektes seitens der Stadt möglich ist, so ist eine Realisierung ab dem I. Quartal 2017 anzustreben.

2. die Möglichkeiten der Teilnahme am Freifunk-Projekt aktiv zu bewerben;
3. zu prüfen, wie eine Nutzung des sächsischen Förderprogrammes „Digitale Offensive Sachsen“ bestehen kann. Über die Ergebnisse ist der Stadtrat ebenfalls spätestens im IV. Quartal 2016 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

- 10.4 Konzept zur zukünftigen Nutzung von kommunalen Grundstücken, auf denen sich Garagen befinden
Vorlage: BA-025/2016 Einreicher: SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE
-

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bringt den Beschlussantrag ein und sagt, dass es nicht darum gehe, festzuschreiben, dass sich Garagen dauerhaft auf kommunalen Grundstücken befinden müssen, denn es werde Veränderungen geben. Es gehe aber explizit darum, das Konzept aus dem Jahr 2005 fortzuschreiben und Rechtssicherheit und Informationen gegenüber den derzeitigen Nutzern zu gewährleisten, so dass diese vorsorgen und planen können.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) ergänzt, dass Beschlüsse des Stadtrates durch die Verwaltung vergessen und nicht umgesetzt werden. So wurden durch das Liegenschaftsamt zwei große Standorte zum Verkauf angeboten, was dem im Jahr 2005 gefassten Beschluss widerspreche. Die Einreicher seien der Auffassung, dass so mit Stadtratsbeschlüssen nicht umgegangen werden könne. Dabei könnten gefasste Beschlüsse durch Entwicklungen geändert werden, müssten dann aber durch den Stadtrat aufgehoben werden. Bis dahin seien diese umzusetzen.

Beschluss BA-025/2016

1. Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, das „Konzept zur zukünftigen Nutzung von kommunalen Grundstücken, auf denen sich Garagen befinden“ für Garagenstandorte mit 20 und mehr Garagen fortzuschreiben und bis Juni 2017 dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.
2. Bis zur Beschlussfassung dieses Konzeptes sind keine zukünftigen Änderungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse und möglichen Nutzung dieser Grundstücke vorzunehmen. Über laufende Verfahren hinsichtlich der Umnutzung und Änderung der Eigentumsverhältnisse ist der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu informieren.
3. In das Konzept ist ferner einzubeziehen, wie die finanziellen Belastungen der betroffenen Garagenbesitzer infolge der Änderung der Eigentumsverhältnisse minimiert werden können.

Hierbei sind auch die Regelungen und Fristen des Schuldrechtsanpassungsgesetzes mit zu betrachten und nach geeigneten Möglichkeiten zu suchen, wie die Garagenbesitzer und -nutzer darüber informiert werden können.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 10.5 Kombiticket CVAG/VMS – Städtische Theater Chemnitz gGmbH
Vorlage: BA-026/2016 Einreicher: Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
DIE LINKE, SPD
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP ausgereicht.

11 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass im Zusammenhang mit dem Tag der Sachsen im September 2016 in Limbach-Oberfrohna die Ortschaft Röhrsdorf als Gebiet eingestuft wird, in welches man nur mit Ausweis gelangt. Er möchte wissen, inwieweit es Konzepte gibt und die Stadt Chemnitz einbezogen ist. Wenn dem so ist möchte er wissen, warum der Ortsteil Röhrsdorf nicht informiert wird.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt zu Windkraftstandorten, ob es durch Einwohner von Rabenstein und Röhrsdorf richtig verstanden sei, dass der Galgenberg nach Einschätzung der Stadt als einziger Standort für weitere Windkraftanlagen in Frage kommt.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, wann mit der endgültigen Beseitigung der Winterschäden auf den Straßen zu rechnen ist und wie in diesem Jahr die Qualitätssicherung der durchgeführten Arbeiten sichergestellt werden soll.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, welche Anträge die Stadt Chemnitz im Rahmen der Förderrichtlinie "Integrative Maßnahmen" gestellt hat, um welche Projekte es sich dabei handelt, welchen Finanzumfang diese Projekte haben und wie der Stand der Genehmigung bzw. der Abrufung des Geldes ist.

Herr Kallscheidt gibt eine schriftliche Anfrage zu Ablösungsbeträgen von Stellplätzen ab.

12 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) und Herr Stadtrat Tietze (Fraktion DIE LINKE) bestätigt.

01.07.2016 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

06.07.2016 *Saborowski-Richter*
Datum Saborowski-Richter
Mitglied
des Stadtrates

05.07.2016 *K. Tietze*
Datum Tietze
Mitglied
des Stadtrates

01.07.2016 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin